

aus Bombay Frauengruppen organisiert, die sich inzwischen auch Kredit- und Sparaktivitäten widmen. Kaum hatten die Frauen aus dem Radio vom Erdbeben in Gujarat gehört, haben sie beschlossen, ihre gesamten Ersparnisse eines Monats für den Kauf von Zugtickets auszugeben, um einige ihrer Mitglieder nach Gujarat zu schicken und den Geschlechtsgenossinnen dort zu erklären, wie sie ihre Rechte beim Wiederaufbau sicherstellen können etc. Dieses Austauschprogramm kann wesentliche Beiträge zur Motivation, zur Qualifizierung des Wiederaufbaus leisten. Denn die Frauen aus Maharashtra haben eine Vorbildfunktion - und von ihnen können die Menschen in Gujarat wesentlich leichter lernen als von anderen.

Das zentrale Problem für die nächsten Monate wird aber die Frage von Unterkünften sein. Kutch hat Wüstenklima: im Winter, direkt nach dem Erdbeben, war es in der Region sehr kalt - Temperaturen bis nahe an den Gefrierpunkt waren keine Seltenheit. Das ist schon unter normalen Umständen bitterkalt - wenn man im Freien schlafen muß, ist es noch viel schlimmer. Die große Kälte ist inzwischen zwar vorbei, aber in wenigen Wochen wird der Sommer einsetzen. Dann klettert das Quecksilber auf 40 Grad, 45 Grad oder noch höher. Was dann dringend gebraucht wird, ist Schutz vor der sengenden Sonne. Die bisher verteilten dünnen Zelte oder verstärkte Plastikbahnen reichen weder gegen die Kälte, noch gegen die Hitze aus. Die Standardlösung für Übergangsunterkünfte, Wellblech, scheidet ebenfalls aus.

Deshalb haben lokale Organisationen bereits eine lokale Bauform, die *Bungas*, ins Gespräch gebracht. Da diese runden Getreidespeicher oder Ställe selbst in den fast komplett zerstörten Dörfern noch stehen, haben die Menschen Vertrauen in diese Konstruktionsform. Sie können lokal und

ohne große Fachkenntnisse errichtet werden, und zwar unter Verwendung des vorhandenen Materials und von Bruchsteinen aus dem Bauschutt. Zwar sind *Bungas* keine dauerhafte Lösung, da wohl niemand gerne in Gebäuden wohnen möchte, die auch als Viehstall genutzt werden. Aber sie können auch nach dem Bau der endgültigen Häuser weiter gebraucht werden und sind deshalb ein wichtiger Zwischenschritt zu der Lösung des Problems. Gleichzeitig werden schrittweise die nächsten Fragen angegangen, z.B. die Schaffung von Einkommensmöglichkeiten. Insgesamt wird der Aufbau Jahre dauern, wahrscheinlich zwischen drei und fünf Jahren.

Keine einfache Aufgabe - insbesondere angesichts des unvorstellbaren Ausmaßes an Zerstörung. Die Gelder, die der indische Staat bereitgestellt hat, werden dazu sicherlich nicht ausreichen - auch wenn sie in bestmöglicher Weise und ohne Korruption eingesetzt würden, was durchaus bezweifelt werden darf. Insofern werden die Programme unserer Partner einen wichtigen Beitrag zur effektiven Nutzbarmachung der staatlichen Programme leisten, und gleichzeitig die Qualität dieser Programme durch den Demonstrationscharakter der eigenen Vorhaben erhöhen. Insbesondere die Gruppenbildungsprozesse, die die Partner beginnen wollen, werden weit über den Bau von Häusern hinausreichen und langfristige Entwicklungserfolge in der Region zeigen. Wie hatte es einer unserer Partner in Ahmedabad formuliert, der sich auf den Aufbau von Selbsthilfeorganisationen von Minderheiten spezialisiert hatte? „Das langfristige Ergebnis unseres Ressourcenzentrums im Kutch muß nach fünf oder zehn Jahren eine starke Selbstorganisation der Dalits sein!“ Durch eine derart hohe Motivation und Qualifikation der Partner kann sich die Katastrophe in Gujarat als eine Chance für Entwicklung erweisen.

Zur aktuellen Lage der Dalits

Jürgen Weber

„Unberührbarkeit“ ist gesetzlich abgeschafft und seine Praxis ist durch den Artikel 17 der Verfassung des politisch unabhängigen Indien verboten. Darüber hinaus soll das Gesetz zum Schutz der Zivilrechte von 1955, und das Gesetz zur Verhütung von direkten Übergriffen und Greuelthaten (*Actrocities*) gegen *Scheduled Castes* (SCs) und *Scheduled Tribes* (STs) von 1989, Dalits und Adivasis vor diskriminierenden Handlungen und Gewaltanwendungen schützen. Die Gesetze werden jedoch in weitaus größerem Ausmaß verletzt als befolgt. Angriffe auf Dalits und die Alltäglichkeit von Gewalt und Diskriminierung nehmen in den letzten zwei Jahrzehnten wieder zu. In den wenigsten Fällen kommt es zu Anzeigen oder Verurteilungen der Täter.

Zwischen 1994 und 1996 wurden landesweit insgesamt rund 100.000 Fälle als Verbrechen und Angriffe gegen SCs registriert (nur die dokumentierten Fälle)¹. Von einer weitaus höheren Dunkelziffer muß daher ausgegangen werden. Auch 53 Jahre nach der Unabhängigkeit werden Dalits als „minderwertig“ verachtet und diskriminiert.

Der indische Staat hat zwar alle relevanten internationalen Menschenrechtskonventionen und -vereinbarungen unterzeichnet, doch noch leben Dalits in der Regel in getrennten Vierteln in den Städten und Dörfern. Sie führen alle die Berufe aus, die als verunreinigend angesehen werden. Dalits sollen nicht in die Wohngegenden der Höherkastigen gehen, nicht von der gleichen Quelle Was-

ser schöpfen, und in den Tea-Shops und in Restaurants aus ein und demselben Glas trinken. Auf die Organisierung der Dalits um ihre verfassungsmäßigen Rechte einzufordern oder an ihrem zugeschriebenen, durch religiöse Sanktionen und Gewohnheiten unverrückbar erscheinenden „niederen“ Status zu rütteln, wird gewöhnlich mit Gewaltanwendung, der Zerstörung des Besitzes, sozialem Boykott und sexueller Aggression geantwortet. In den ländlichen Regionen sind Dalits die Opfer brutaler Massaker geworden, nicht selten mit der stillschweigenden Zustimmung von Polizei- und Verwaltungsbehörden.

Mannigfache soziale Ungerechtigkeiten, Ungleichheit und weitverbreitete Armut sind die Kennzeichen der eng-

strukturierten Grenzen ihrer Lebensbedingungen. Die Verletzungen ihrer Rechte, ihr historischer und sozialer Ausschluß, die ökonomische Ausbeutung und ihre politische Unterdrückung haben dazu geführt, daß Dalits als die „benachteiligten“ gesellschaftlichen Gruppen betrachtet werden müssen.

Seit rund 20 Jahren haben Initiativen der Dalits mit Verweis auf die universalen Menschenrechte innerhalb des Kontextes der politischen und zivilen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte und der Rechte der Gemeinschaften auf der internationalen Ebene der Menschenrechtsarbeit eine immer stärker werdende Stimme. Dies brachte sie nicht nur dazu, die Ideologie des Hindu-Nationalismus in Frage zu stellen, sondern auch einen gleichberechtigten Platz in den Strukturen der „modernen“ (d.h. globalen) indischen Gesellschaft zu fordern.

Die neue Rhetorik ist - unter anderem - aus den Reihen der *National Campaign on Dalit Human Rights* (NCDHR) zu vernehmen, die seit drei Jahren daran arbeitet, die Diskriminierung und die Verletzung der Rechte der Dalits als internationale Menschenrechtsthematik zu verankern. Mitte des Jahres 1998 hat die NCDHR eine landesweite Kampagne unter dem Slogan *Dalit Rights Are Human Rights* eröffnet und geltend gemacht, daß die Menschenwürde der Dalits als unantastbare Norm anerkannt werden muß.

Seit dem Frühjahr 2000 konzentriert sich die Arbeit jedoch hauptsächlich auf die internationale Vernetzung der Kampagne und auf Lobby-Arbeit gegenüber dem UN Menschenrechtssystem im Hinblick auf die kommende Weltkonferenz gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz (WCAR), die vom 31. August bis 7. September 2001 in Südafrika unter

dem Titel: „United to Combat Racism: Equality, Justice, Dignity“ stattfinden wird.

In Indien selbst ist es zu einer neuen „Arbeitsteilung“ gekommen: während die NCDHR verstärkt die Internationalisierung der Frage betreibt, arbeitet das Netzwerk *Dalit Solidarity People* (vormals *Dalit Solidarity Programme*) an der Zusammenführung der Aktivitäten von Dalits verschiedener Glaubensrichtungen. Der *Nationale Kirchenrat in Indien* (NCCI) koordiniert die Dalit-Arbeit für die protestantischen Kirchen in Indien.

Die *Katholische Bischofskonferenz in Indien* (CBCI) kooperiert nach Auskunft des Leiters ihres „Referats für Dalits, Adivasi und benachteiligte Kasten“ jetzt ebenfalls eng mit vielen Dalit-NGOs.²

Protestantische und katholische Kirchen in Indien wollen in dieser Frage enger mit den NGO-Netzwerken kooperieren.

Zudem nehmen sich die oppositionellen Parteien verstärkt dem Thema der Diskriminierung der Dalits an. Parlamentarier machen nun die Angriffe und Missetaten gegenüber Dalits zum Gegenstand von Debatten in den Parlamenten. Besonders im Norden Indiens beteiligen sich die kommunistischen Parteien im *Citizen Forum for Human Rights*.

„Der Kampf gegen die Diskriminierung der Dalits ist in erster Linie eine Frage des politischen Willens“, sagt Martin Macwan, einer der Organisatoren der NCDHR. In einem ausführlichen Interview hat er sich zur Dalit-Menschenrechtsfrage und den Forderungen der NCDHR an die Internationale Zivilgesellschaft geäußert. Der heute 41jährige Martin Macwan gründete Ende der 1980er Jahre die Organisation *Navsarjan Trust*, die in über 2.000 Dörfern für die ökonomische und soziale Verbesserung der Lebensbedingungen der Dalits-

Familien arbeitet. „Neben der Dorfwirtschaftsarbeit, organisieren wir die Dalits, geben Rechtshilfe, versuchen, Übergriffe öffentlich zu machen, usw.“. Im November 2000 wurde er von *Human Rights Watch* als einer der herausragenden Verteidiger der Menschenrechte im Jahr 2000 ausgezeichnet. Eine Woche später erhielt er den Menschenrechtspreis des R.F. Kennedy Center for Human Rights in Washington.

Das hier folgende (leicht gekürzte) Interview ist ein Versuch, den Prozeß des Kampfes der Dalits zu verstehen. Der hierfür notwendige historische Ansatz soll in einer späteren Ausgabe erörtert werden.

¹ Diese Zahlen werden von der US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* genannt.

² Die Entwicklungsarbeit der katholischen Kirche entwickelte sich von *Food for Work* über Hilfen zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit hin zu *Advocacy*-Arbeit für die Befreiung von Dalits, Adivasi und wirtschaftlich Armen.

Der Autor hat an der Universität Frankfurt Erziehungswissenschaften und Entwicklungspolitik studiert. Er befaßt sich seit Jahren mit der Problematik der Dalits in Indien und ist einer der Mitbegründer des Dalit-Solidaritätsforum.

INTERVIEW

Zum Thema sprach Jürgen Weber in Indien mit dem Koordinator der *National Campaign on Dalit Human Rights*, **Martin Macwan**

Sie haben einmal gesagt, daß die Auszeichnungen durch die US-amerikanischen Menschenrechtsorganisationen eine Aufwertung der Dalit-Menschenrechtskampagne darstellen?

Ja, richtig. Ich erwähne es aber gerne noch einmal: Das ist für unsere Menschenrechtsarbeit außerordentlich wichtig. Seit fast zwei Jahren arbeiten wir daran, daß das Thema der Diskriminierung der Dalits auf der bevorstehenden UN Weltkonferenz gegen Rassismus auf



Dalits während einer Kundgebung

die Tagesordnung gesetzt wird. Durch die Preisverleihungen hat unser Kampf jetzt große Aufmerksamkeit in den Medien gefunden, vor allem in den USA. Dadurch wird zum erstenmal sehr viel über die tatsächliche Lebenssituation der Dalits berichtet.

Sie kommen selbst aus einer Dalit-Community in Gujarat und sind dort auch aufgewachsen. Nach ihrer akademischen Ausbildung haben Sie sich dafür entschieden mit und für die Emanzipation der Ex-Unberührbaren in Indien zu arbeiten. Wie ist es dazu gekommen?

Mich beschäftigte zuerst der gesamte Entwicklungsbereich - besonders die ökonomischen Voraussetzungen und Möglichkeiten für meine Community, bis ich anfang zu realisieren, daß der ökonomische Ansatz allein für eine soziale Veränderung nicht ausreicht. Trotz einiger ökonomischer Verbesserungen blieb jedoch die Gewalt und die Diskriminierung für die Dalits in Indien immer unverändert bestehen. Aber erst nach der Ermordung einiger Arbeitskollegen durch Großgrundbesitzer habe ich mich endgültig entschlossen, für die Dalits und für grundlegende Veränderungen zu kämpfen. Dafür haben wir die Organisation Navsarjan gegründet, dessen Direktor ich mittlerweile bin.

Der Status der Dalits hängt von ihrer sozialen Stellung in dem System ab, das bei uns als Kastenordnung bekannt geworden ist. Religiöse Rechtfertigungen und tiefverwurzelte Einstellungen machen es schwer sich dagegen aufzulehnen. Ich möchte Sie fragen, wie das unter den Dalits selbst gesehen wird?

„Laßt uns hart und immer noch mehr arbeiten, so werden wir es im nächsten Leben vielleicht besser haben!“

Solche Sätze sind oft zu hören wenn wir über soziale Veränderungen diskutieren. Selbst Dalits stellen ihren Status also nicht in Frage. Viele „psychologische Blockaden“ - im Bewußtsein, im Glauben und in den Einstellungen - verhindern, daß überhaupt an Handlungsalternativen gedacht werden kann.

Und dazu kommt, daß selbst innerhalb der Dalit-Communities Unberührbarkeit praktiziert wird. Die Kastenordnung ist aber m.E. kein psychologisches, sondern ein soziales und ein politisches Problem. Es müssen also in erster Linie politische Lösungen gefunden werden. Die könnte es auch heute schon geben: Als zum Beispiel die indische Regierung die Nahrungsmittelproduktion erhöhen wollte, war dies möglich. Seitdem *High-Tec-Cities* gebaut werden sollen, werden diese Sattelitenstädte gebaut. Aber was tut die Regierung zum Beispiel für die hunderttausende Straßen- und Latrinereiniger im ganzen Land? Sie wollen, daß der Müll und die menschlichen Exkremate weiter mit der Hand aufgesammelt werden! Wenn die Regierung nicht will, daß Dalit-Kinder zur Schule gehen, dann gibt es eben kein Geld für den Bau von Schulen oder für Lehrer. Der Staat ist letztlich eine Manifestation der herrschenden sozial-ökonomischen Ordnung. In diesem Sinne ist der Kampf gegen die Diskriminierung der Dalits in erster Linie eine Frage des politischen Willens.

Als eine Möglichkeit diese „psychologische Blockade“ von der Sie sprachen, zu überwinden, wird von einigen Gruppen propagiert, die Dalits sollten zu einer anderen Glaubensrichtung konvertieren. Wie stehen Sie dazu?

Auf der Suche nach wirklicher Gleichheit konvertieren immer wieder Dalits zum Islam, zum Christentum, zum

Sikkismus, zum Buddhismus. Aber alle Glaubensrichtungen praktizieren selbst auch „Unberührbarkeit“. Zum Beispiel existieren in Süd-Indien christliche Kirchen für Dalits, und solche für Nicht-Dalits. Die westlichen Kirchen sind auf diesem Auge meistens blind. Eine Strategie, die nur auf den Wechsel der Glaubensrichtung setzt, scheint mir ungenügend. Sie berücksichtigt nicht die Erkenntnis, daß sich die Erwartungen des ökonomischen Systems mit denen des Status Quo treffen.

Ihre Aktivitäten sind nicht auf den Unionsstaat Gujarat begrenzt. Was sehen Sie als Initial für die nationale Menschenrechtskampagne?

Ursprünglich sind wir alle Basisaktivisten die unmittelbar in den Dörfern und an weit abgelegenen Orten arbeiten. Als wir 1998 über die Realisierung der Verfassungsartikel, die Dalit-Communities vor Übergriffen und Massakern schützen sollen, diskutierten, wurde uns auch bewußt, daß die Globalisierung des ökonomischen Marktes ein Hebel für eine Internationalisierung der Dalit-Menschenrechtsfrage darstellen kann. Zum Beispiel fordern ausländische Investoren und multinationale Konzerne von der Regierung Land für ihre Anlagen. Sie interessieren sich aber nicht für bestehende Arbeitsgesetze oder Reservierungsquoten für die SCs und STs. Ihre Investitionspolitik hat natürlich unmittelbare Auswirkungen auf die ärmeren und diskriminierten Bevölkerungsgruppen. Wir sahen also, daß die sozio-ökonomischen Auswirkungen die Dimension einer internationalen Problematik erreicht hat. Durch die Zusammenarbeit mit Human Rights Watch an dem Buch „Broken People“, das ist eine Studie zu den Menschenrechtsverletzungen an Dalits auf der Grundlage von mehr als 300 Interviews mit Dalit-Frauen und -Männern, ist unser Entschluß noch stärker geworden, zu versuchen, auch die internationale Zivilgesellschaft und die westlichen Regierungen mit der Problematik der Dalits in Indien zu konfrontieren.

Das Initial war vielleicht, daß uns 1998 klar wurde, wie wenig sich an der Diskriminierung der Dalits in Indien seit der Unabhängigkeit geändert hat.

Können Sie etwas zur Arbeitsstruktur der National Campaign sagen und welche Aktivitäten Sie bisher unternommen haben, um politischen Druck auf die indische Regierung auszuüben?

Die NCDHR ist ein Netzwerk von mehr als 250 Dalit-Organisationen und Einzelpersonen, von Menschenrechtsgruppen und -aktivisten aus insgesamt 14 Unionsstaaten. National und international haben wir Aktionen und Kampagnen initiiert, die das Ziel haben, über die Verletzung und Mißachtung der zivilen Rechte der Dalits in Indien aufzuklären. Weltweit haben wir versucht, Koalitionspartner für die Verurteilung der „Kastenordnung“ als Ursache von Unterdrückung und Ausbeutung zu gewinnen. Wir sind der Ansicht, daß der indische Staat für die anhaltenden schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte verantwortlich gemacht werden muß.

Die Kampagne wurde am 10.12. 1998 mit der Überreichung eines Memorandums und einer ersten Unterschriftenliste an Staatspräsident Narayanan gestartet. In unserem Manifest haben wir die globale Verantwortung

der internationalen Zivilgesellschaft bei der Bekämpfung der Unberührbarkeit in allen seinen Formen hervorgehoben. Von der indischen Politik forderten wir die Gewährleistung staatlicher finanzieller Zuwendungen und spezifische Maßnahmen zum Schutz der Rechte der Dalit-Frauen.

Eine wichtige Forderung ist, daß der indische Staat die kulturelle Verschiedenheit der Dalits anerkennt und Schutzmaßnahmen gegen die Kommerzialisierung unserer Kultur ergreift. Gearbeitet haben wir mit allen üblichen Mitteln: Zum Beispiel wurden innerhalb von zwölf Monaten 2,5 Millionen Unterschriften unter dem Aufruf „Let us cast the Caste“ in Indien und mehrere hunderttausend im Ausland gesammelt. Die Unterschriftenlisten wurden im Dezember 1999 dem Premierminister und dem Präsidenten überreicht. Auf der Ebene der Graswurzel-Aktivitäten organisierten wir zum Beispiel in Adoli, das ist ein Dorf im Alwar District in Rajasthan, zum ersten Mal überhaupt eine Hochzeitsprozession, bei dem es einem Dalit-Bräutigam gestattet wurde, auf dem Rücken eines Pferdes durch das Dorf zu reiten. Viele öffentliche Anhörungen und *Anti-Untouchable*-Wochen wurden durchgeführt. Dazu haben wir das Kampagnenmaterial in viele indischen Sprachen übersetzt und verteilt.

In Hyderabad haben wir eine Demonstration von mehreren tausend Menschen gegen die anhaltenden Übergriffe auf Dalit-Communities organisiert.

Im Dezember 1999 trafen sich weit über 300 Dalit-Frauen zu einer Nationalen Dalit-Frauen Konferenz unter dem Titel „Dalit Women: Towards Achieving Equality, Justice and Development“. - Als Resultat dieser Tagung wurde eine Erklärung der Dalit-Frauen für Gender-Gerechtigkeit verabschiedet.

Schließlich haben wir im April 2000 das National Public Hearing in Chennai veranstaltet bei dem Rechtsverletzungen gegenüber Dalit-Frauen und -Männern in fast 60 Fällen verhandelt wurden. Über dieses Hearing ist auch, soviel ich weiß, in Deutschland ausführlich berichtet worden.

Nachdem die Kampagne eine große Resonanz gefunden hatte, haben wir dann im Dezember 1999 beschlossen, eine neue, zweite Phase zu beginnen. Wir konzentrieren uns seitdem hauptsächlich auf die internationale Vernetzung und auf die Lobby-Arbeit gegenüber dem UN-Menschenrechtssystem.

An den Forderungen nach konkreten Programmen, die eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Dalits bringen könnten, halten wir aber weiterhin fest.

Vor allem wollen wir eine rasche Umsetzung der Landreformgesetze erreichen. Dadurch würden Millionen von Tagelöhnern in der Landwirtschaft ökonomisch unabhängig. Wichtig ist zudem, daß Dalit-Kinder eine Schulausbildung erhalten. Angesichts des Rückzugs der Regierung aus dem Bildungsbereich und der zunehmenden Tendenz zu Privatschulen, ist das eine enorm wichtige Aufgabe für uns.

Was wir natürlich fordern ist, daß wir nach dem Gleichheitsprinzip behandelt werden. Dies ist die Hauptforderung der Menschenrechtskampagne und wir wollen die seltene Gelegenheit der WCAR benutzen, um das Thema der „Diskriminierung nach Abstammung und

der Art der beruflichen Tätigkeit“ öffentlich zu machen. Wir beziehen uns dabei auf eine Erklärung der UN Unterkommission für Menschenrechte vom August 2000 in der festgehalten wird, daß diese Form der Diskriminierung durch die Menschenrechtserklärung verboten ist. Zudem hat das „Komitee zur Abschaffung der Rassendiskriminierung“ (*Committee on the Elimination of Racial Discrimination*, CERD) schon 1996 erklärt, daß der in Artikel 1 der Konvention über die Abschaffung aller Formen von rassistischer Diskriminierung gebrauchte Begriff „descent“ nicht ausschließlich auf „Rasse“ anzuwenden sei, und die Situation der *Scheduled Castes* and *Scheduled Tribes* in den Rahmen dieser Konvention fällt. Das hat natürlich auch der Druck auf die indische Regierung erhöht.

Darauf wollte ich Sie gerade ansprechen: Eine der Fragen die durch die NCDHR auf der internationalen Ebene aufgeworfen wurde, ist, das Kaste mit „Rasse“ (Race) gleichzusetzen sei. Der Begriff Caste, wird dabei aus dem lateinischen *Castus* hergeleitet, das „Reinheit des Blutes und der Rasse“ meint. Auf der internationalen Ebene stellt Ihr deshalb die Forderung auf, daß Kastendiskriminierung auf die Agenda der Weltkonferenz gegen Rassismus gesetzt werden muß. Die indische Regierung versucht dies zu verhindern und argumentiert, daß die Diskriminierung der Dalits nichts mit rassistischer Diskriminierung zu tun hat. Und sie besteht weiterhin darauf, daß die Kastenproblematik in Indien ein internes indisches Problem sei.

Die Debatten um Kaste oder „Rasse“ (Race) müssen im Kontext der Dalit-Menschenrechtsforderungen gesehen und analysiert werden. Ja, die indische Regierung hat uns natürlich mittlerweile wahrgenommen! Ich denke, sie versucht alle zu täuschen. Wenn Rassismus in Indien nicht sichtbar wäre, würde auch niemand auf die Idee kommen, über rassistische Diskriminierung zu reden. Wir sind der Ansicht, daß die Ursprünge des Kastensystems in einer rassistischen Ideologie liegen, kurz gesagt, der sozialen Ausdifferenzierung nach „Farben“, dem *varna - vyavasthra*. *Varna* bedeutet Farbe und *Vyavasthra* bedeutet organisiertes System. Rassismus als Ideologie basiert ebenso auf diesem Grundkonzept von Reinheit des Blutes und der „Rasse“ (Race). In einem strikten Sinne ist „Rasse“ nicht mit Kaste gleichzusetzen, aber für die Opfer macht es keinen Unterschied, ob sie als Opfer von Rassendiskriminierung oder von Kastendiskriminierung gesehen werden. Mißbrauch, Gewalttätigkeit und Erniedrigung ist in beiden Situationen gleich. Kastendiskriminierung gehört somit auf die Tagesordnung der WCAR. Die Konferenz gegen Rassismus und rassistische Diskriminierung wird ja nicht organisiert, um eine semantische Debatte über gültige Definitionen zu führen! Die Welt muß realisieren, daß die Kastenunterdrückung sehr viel tiefer wirkt als rassistische

Unterdrückung allein. Und davon sind etwa 240 Millionen Menschen in Südasien und Indien betroffen. Wir fordern im Namen dieser Menschen das UN Menschenrechtsinstrumentarium dazu auf, die Institution der Kaste als eine Quelle der Verletzung der Menschenrechte anzuerkennen: Kaste muß genauso wie Rassismus und Apartheid behandelt werden.

Wenn die Regierung jetzt kommt und zum Beispiel argumentiert, daß das Kastenproblem ein internes Problem und es nur lösbar innerhalb unserer eigenen Grenzen ist, können wir ihnen nur entgegnen: Seit 20 Jahren haben die Dalit-Bewegungen versucht, mit Euch zu reden. Wenn ihr jetzt kommt und mit uns reden wollt, dann doch nur deshalb, weil wir das Thema auf die internationale Agenda gesetzt haben. Andererseits käme niemand von Euch je auf die Idee, am gegenwärtigen Zustand etwas ändern zu wollen. Die Dalit-Problematik kann nicht als ein internes indisches Problem abgetan werden. Sie ist eine allgemeine Menschenrechtsfrage und fordert globale Aktionen.

In einem Beitrag aus der Adivasi-Solidaritätsbewegung in Deutschland wird kritisiert, daß der Begriff „Apartheid“ von den Dalits in Indien beansprucht wird, obwohl die Unterdrückung der Adivasi eher als rassistische Diskriminierung (im engeren Sinne) bezeichnet werden könne. Ist das als eine Kritik an Ausschließungspraktiken der Dalit-Menschenrechtskampagne zu verstehen?

Die Adivasis waren niemals Teil des Kastensystems. Weil



Martin Macwan überreicht der Frauenmusikgruppe SAKHTI während der *Global Conference Against Racism and Caste-based Discrimination* die Glückwünsche der Veranstalter (Foto: Jürgen Weber)

sie außerhalb der hinduistischen Kulturen leben, ist ihre Ausbeutung historisch und in der Gegenwart enorm. Sie leiden unter großer Armut. Aber es gibt einen großen Unterschied. Ich will dazu ein Beispiel geben: Vor drei Jahren hörte ich davon, daß ein Richter aus einer Brahmanen-Community, nachdem er zu einem anderen Gericht versetzt wurde, sein zukünftiges Büro mit Wasser aus dem heiligen Fluß Ganges reinigen ließ, bevor er seine Arbeit aufnahm. Dies tat er aus dem einfachen Grund, weil sein Vorgänger aus einer Dalit-Community kam. Bei einem Adivasi als Vorgänger hätte er solche Probleme nicht gehabt.

Trotz ihrer teilweise miserablen Lebensumstände, besitzen die Adivasi Selbstachtung und Selbstrespekt. Bei den Dalits haben die Erfahrungen von Machtlosigkeit in Ökonomie, Politik, Religion und Kultur dazu geführt, daß sie ein Selbstimage haben, das farblos ist und in dem Macht- und Selbstbewußtsein fehlen.

Unsere Überlegungen zur sozialen Apartheid in Indien beziehen sich ausschließlich auf die Gruppen innerhalb der Kastenordnung. Es gibt von unserer Seite aus keine Ausgrenzungen: Die Differenz muß aber verstanden werden.

Der wohl einflußreichste Politiker für die neueren Dalit-Bewegungen, Dr. B.R. Ambedkar, vertrat kurzzeitig ein Konzept, das vorsah, daß Dalits in drei unabhängigen Unionsstaaten leben, und in eine Konföderation mit der indischen Union treten sollten. Wird dieses Konzept gegenwärtig noch diskutiert?

Die Frage schließt an das an, was ich zum Unterschied zwischen der Situation der Adivasis und der der Dalits gesagt habe: Daß es zwei neue Bundesstaaten für Adivasi gibt, Jharkhand im Süden, Bihar und Chattisgarh im östlichen und südöstlichen Madhya Pradesh, muß im Zusammenhang damit gesehen werden, daß Adivasis geographisch viel konzentrierter zusammenleben als Dalits. Zum Beispiel gibt es in Gujarat einen Bevölkerungsanteil der Adivasis von 14 Prozent, aber 33 Wahlkreise in denen ihr Stimmenanteil über 50 Prozent liegt. Demgegenüber existiert kein einziger Wahlkreis, den ein Kandidat der Dalits gewinnen könnte. Das ist ein großes Problem in allen Unionsstaaten, ausgenommen vielleicht in Tamil Nadu. Ich denke, Ambedkars' Konzept beinhaltete die Vorstellung einer getrennten Wählerschaft, d.h., daß die Kandidaten aus Dalit-Communities ausschließlich als Dalit-Vertreter gewählt werden. Das würde auf der Ebene der Communities die weitgehende Repräsentation bedeuten. Bis heute wird jedoch ein Dalit mit den Stimmen anderer Gruppen und als offizieller Kandidat einer der großen Parteien gewählt. Er wird vermutlich mehr Loyalität gegenüber seiner politischen Partei, als gegenüber seiner eigenen Community zeigen. Und so haben wir die Situation, daß es Repräsentanten der Dalits in den Parlamenten gibt, und das Dalits wiederum doch nicht repräsentiert sind. Ich glaube, augenblicklich haben wir 85 Parlamentarier aus Dalit-Communities im *Lok Sabha*. Aber sie sind noch kein einziges Mal zusammengekommen, um über die Forderungen der Dalit-Menschenrechtskampagne zu diskutieren.

Was erwartet die NCDHR von der Zusammenarbeit mit den Organisationen im „Internationalen Dalit Solidaritäts Netz“?

Die Aufgaben westlicher Netzwerke, Institutionen und Gruppen, die mit der Kampagne der Dalits verbunden sind, sehen wir darin, daß sie ihre nationalen Regierungen über die Dalit-Problematik informieren und darauf drängen, daß auf der WCAR konkrete Programme und Resolutionen verabschiedet werden, die der Diskriminierung der Dalits ein Ende machen können.

Durch die Rolle der europäischen Länder bei der ökonomischen Globalisierung ergeben sich für die Regierungen und für die Konzerne bestimmte Verpflichtungen gegenüber den unterdrückten Bevölkerungen. Es wird viel Aufklärungsarbeit nötig sein, um sie zum Beispiel dazu zu bringen, Dalits nicht von vornherein vom Arbeitsmarkt zu verdrängen. Wenn Konzerne diesbezüglich bestimmte Selbstverpflichtungen eingehen, müssen die Regierungen ihre Einhaltung kontrollieren.

Die kirchlichen Organisationen müssen sich als ein Teil des Kampfes der Dalits begreifen und ihre Richtlinien für die Projektförderung daraufhin befragen.

Denn es muß auch gewährleistet sein, daß die Gelder nicht an solche Projekte oder Kirchen in Indien vergeben werden, die selbst Dalits diskriminieren. Die kirchlichen Hilfswerke und auch die Stiftungen sollten aber bedenken, daß es zu großen Problemen mit dem indischen Staat kommen kann. Alle indischen Kirchen, die die Dalit-Problematik aufgegriffen haben, werden von den rechtsgerichteten Hindu-Parteien angegriffen. Doch nicht weil sie Christen sind, sondern weil sie als „Unberührbare“ und Adivasis zum Christentum konvertiert sind. Dadurch wird die Kastenideologie direkt angegriffen. Christen aus ursprünglich Brahmanen-Communities werden dagegen nicht attackiert. Über diese Sachverhalte müssen die europäischen Organisationen aufgeklärt werden, damit sie eine klare Politik betreiben können. Es gibt nämlich nur einen Ansatz, etwas gegen die unmenschlichen Lebensbedingungen zu tun: diejenigen, die am meisten unterdrückt und ausgebeutet werden in ihrem Kampf um Selbstrespekt und Würde zu unterstützen. Organisationen, die den Staus Quo aufrechterhalten wollen, sollten nicht unterstützt werden.

Und dann spielen die Medien eine wichtige Rolle für uns. Eine gut informierte Öffentlichkeit ist heute notwendig, um Druck auszuüben. Die Art der Aufmerksamkeit, die es zum Beispiel in Deutschland zu Zeiten eines Max Müller gegeben hat, ist leider vorbei. Max Müller war, soviel ich weiß, der erste der die britische Regierung aufgefordert hat, in Indien zu intervenieren wenn sich die Kastenordnung als ein soziales Diskriminierungssystem herausstellen würde. Europa hatte früher einen großen Anteil an der Sichtbarmachung der Problematik der Kasten gehabt. Fast alle Untersuchungen und Forschungen gingen von hier aus. Diese Art akademischen Interesses schafft auch eine gute Öffentlichkeit. Das scheint aber leider verloren gegangen zu sein.

Wir brauchen somit Öffentlichkeitsarbeit, Forschungen, Publikationen, Studien und die Sensibilisierung der Hochschulen. Die Dalits sind die größte Gruppe, die unter einer solch komplexen Diskriminierung leben müssen. Warum besteht von Seiten der Studenten also kein größeres Interesse an Studien zu unseren Lebensbedingungen?